
13619/J XXVII. GP

Eingelangt am 25.01.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, , Kolleginnen und Kollegen
an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie
betreffend Übernahme der Netzentgeltsteigerungen durch den Bund**

Netzentgelte stellen einen substanziellen Teil der Energiekosten dar, sie bestehen aus mehreren Komponenten und dienen dem Erhalt und Ausbau der Netzinfrastruktur. Aufgrund der steigenden Kosten für die Regel- und Ausgleichsenergie sowie der Notwendigkeit für den für die Energiewende die Stromnetze erheblich auszubauen, steigen die Netzkosten 2023 erheblich an. Bundesministerin Gewessler hat am 18.1.2023 angekündigt, die Bundesregierung werde 80% des Anstiegs übernehmen und hierfür bis zu 675 Millionen Euro bereitstellen.

Allerdings handelt es sich bei der Festlegung der Netzgebühren um einen intransparenten Prozess, wo weder der Gesetzgeber, noch die Öffentlichkeit einen Einblick erhält und die tatsächlichen Kontrollmöglichkeiten der E-Control limitiert sind. 675 Millionen Euro sind eine erhebliche Menge Steuergeld, welche ohne klare Strategie oder Transparenz vergeben werden. Das Zustandekommen dieser Maßnahme wirft daher viele Fragen auf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Auf Basis welcher konkreten Daten werden die Netzentgelte erhöht?
2. Wodurch ergibt sich der genaue Betrag der Erhöhung?
3. Die steigenden Netzentgelte werden mit höheren Ausgaben für Regel- und Ausgleichsenergie gerechtfertigt. Wie hoch waren diese in den letzten 5 Jahren und welche Kosten werden für 2023 veranschlagt? (Bitte nach Jahr, Bundesland, Netzebene etc. aufschlüsseln)
 - a. Wurden diese Zahlen unabhängig geprüft? Wenn ja durch wen?
4. Die steigenden Netzentgelte werden mit höheren Ausgaben für den Netzausbau gerechtfertigt. Wie hoch waren diese in den letzten 5 Jahren und

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

welche Kosten werden für 2023 veranschlagt? (Bitte nach Jahr, Bundesland, Netzebene etc. aufschlüsseln)

- a. Wurden diese Zahlen unabhängig geprüft? Wenn ja durch wen?
5. Welche Informationen erhält die E-Control bezüglich Festlegung der Netzgebühren vonseiten der Netzbetreiber bzgl. Gebührenfestlegung?
 - a. Wie werden diese Informationen konkret geprüft?
 - b. Gibt es hier unabhängige Prüfungen durch Dritte?
6. Wann wurde das BMK über die Erhöhung der Entgelte informiert?
7. Aus welchem Budgetposten sollen die zugesicherten 675 Millionen Euro kommen?
8. Wie soll konkret die Auszahlung bzw. die Abrechnung abgewickelt werden?
9. Welche Kontrollmechanismen sollen angewendet werden, um unrechtmäßige Auszahlungen zu verhindern?
10. Welche Schritte setzt das BMK konkret, um sicherzustellen, dass die erhöhten Netzgebühren tatsächlich zweckgemäß eingesetzt werden?
11. Plant die Bundesregierung die Transparenz und Informationspflichten für Netzbetreiber auszuweiten?
12. Derzeit werden die Kontrollmöglichkeiten der E-Control durch Landesausführungsgesetze verwässert. Plant das BMK bzw. die Bundesregierung hier Verbesserungen?
13. Welche konkreten Schritte plant das BMK um die Netzentgelte zu senken?